

Schulplanung sorgt für Sitzungsabbruch

Der Allschwiler Einwohnerrat will vier Schulhäuser. Die Diskussion war emotionsgeladen, sie gipfelte in einem Eklat.

Fabian Schwarzenbach

«Das muss ich mir nicht anhören», rief Franz Vogt (Mitte) mit erhobenem Zeigefinger. Der Vizepräsident des Allschwiler Gemeinderats, der gleichzeitig Chef des Ressorts Finanzen des Gemeinderats ist, stand bereits neben seinem Stuhl. Er sagte nochmals etwas und marschierte aus dem Saal. Damit wandte er sich von Einwohnerrat Mehmet Can (SP) ab. Dieser hatte mit seinem Votum Vogt dermassen in Rage gebracht. Er begann mit «Ich schätze dich sehr, aber ...» und dann folgten nicht nur die sachlichsten Argumente zum Streit um Allschwils Schulhäuser.

Diese Diskussion lanciert hatte Lucca Schulz (SP), der eine dringliche Interpellation zur Schulhausplanung einreichte. Geplant war, dass Schulrat und Politik einen Konsens finden, wie die künftigen Schülerinnen und Schüler untergebracht werden sollen. Nun wird die Planung nicht von allen getragen und die Begleitgruppe ausgewechselt. Der Gemeinderat verfolgt die Strategie von drei Schulhäusern: Gartenhof, Schönenbuchstrasse und Neuallschwil. Letzteres soll massiv aufgestockt werden.

Parlament möchte ein neues Schulhaus bauen

Das Parlament möchte eher vier Standorte und auf dem freien Areal Bettenacker ein neues Schulhaus bauen. Während die Aufstockung des Schulgeländes Neuallschwil rund 90 Millionen kosten würde, schlägt ein Neubau auf dem Bettenacker mit 110 Millionen Franken zu Buche.



Das Schulhaus Neuallschwil soll laut der Strategie des Gemeinderats massiv aufgestockt werden.

Bild: Juri Junkov

«20 Millionen oder mehr Schulraum: Was bewegt künftige Generationen mehr?», stellte Schulz eine rhetorische Frage. Dass nur 90 Millionen gesprochen werden sollen, sei ein politischer Entscheid. Vogt dagegen mahnte, dass mehr Schulzinsen anfallen würden und dass die anderen Schulhäuser auch unterhalten und nach einer gewissen Zeit saniert werden müssten. «Vier Schulhäuser sind teurer als drei», resümierte er.

Bereits zuvor hatten Pascale Uccella (AVP) und Miriam Schaub (Grüne) mächtig Dampf abgelassen. Die beiden, die auch

ausserhalb der Politik mit den Allschwiler Schulen verbunden sind oder waren, schossen sich auf Franz Vogt ein, der seinerseits die Meinung des Gemeinderats vertreten musste. «Es geht euch nur ums Geld, die Schüler sind egal», ereiferte sich Schaub. Sie zeigte sich «schockiert». Ihre Stimme war mehrmals kurz davor, vor unterdrückten Emotionen zu überschlagen.

Uccella mahnte, dass der Gartenhof als Ghetto bezeichnet werde, weil zu viele Schüler in diese Schule gingen. Für die Rutschbahn gibt es einen Plan, wann welche Schüler drauf

dürfen, weil es sonst zu viele sind. Vor solchen Zuständen möchte Uccella den Standort Neuallschwil bewahren. Vogt versuchte nochmals, mit Argumenten entgegenzuhalten. Es entstand Unruhe im Saal, Gespräche zwischen den Parlamentariern wie in einer langweiligen Schulstunde.

Eine Diskussion ist von Nöten

Vogt wurde unterbrochen, da kam Can zu Wort – und es kam zum Eklat: Vogt verliess den Saal. Andreas Bärtsch (FDP) forderte dann den Abbruch der Diskussion. Einwohnerrats-

präsident René Amstutz (Grüne) liess noch die restlichen Redner zu Wort kommen, bevor er die Sitzung ganz beendete. Auch Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli (FDP) versuchte noch, die Wogen zu glätten, wobei mehrere Einwohnerräte lautstark «Sitzungsabbruch» forderten.

Schulz wollte mit der Interpellation die Auseinandersetzung bereits zum aktuellen Zeitpunkt in den Einwohnerrat holen. Dass die Diskussion nötig ist, zeigte sich klar. Die Fronten verlaufen interessanterweise zwischen Parlament und Gemeinderat.

Einwohnerrat will mehr Fakten

Rodung Eine einfache Zufahrt über eine Garage würde ein Stück Wald kosten, um geplante Neubauten zu erreichen. Doch der Allschwiler Gemeinderat wollte kein Rodungs-gesuch stellen und schlägt daher eine über 500 Meter lange Um-fahrung vor. Die Einwohnerräte Urs Pozivil (FDP) und Ueli Keller (Grüne) interpellierten und erhielten die Antwort, dass der Gemeinderat einem solchen Gesuch keine Chance ein-räumt.

Gemeinderat Franz Vogt (Mitte) meinte, der Gemeinderat könne nicht viel machen. Das Waldgesetz sei ein Bundesgesetz. Eine Erschliessung über Wald könne man nur bauen, wenn es keine andere Möglichkeit gebe. «Es gibt auch entsprechende Bundesgerichtsentscheide», erklärte er.

«Genau der Bezug zu den Bundesgerichtsentscheiden fehlt in der Beantwortung unserer Interpellation», bedauerte Pozivil. Claudia Sigel (Mitte) unterstützte ihn: «Wir hätten lieber Fakten. Ich erwarte vom Gemeinderat, Klarheit zu schaffen.» «Ich habe es auch gesehen, dass wichtige Punkte fehlen», gab sich Franz Vogt selbstkritisch. Er versprach, beim nächsten Mal mehr Fakten zu liefern.

Zusätzlich zu den Petitionen wird im Einwohnerrat dem-nächst eine Motion zur Sache eingereicht. Der Druck auf den Gemeinderat wie auch auf den Einwohnerrat steigen. (sch)